

11. Sitzung des Bundesrates vom 17. Februar 1953.

Vorsitz: Herr Vizepräsident Rubattel.

Abwesend: Herr Bundespräsident Etter (dienstlich).

Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

Beginn: 09.00 Uhr.

Schluss: 11.20 Uhr.

Ankauf einer Wohnung für einen Gesandtschaftsbeamten in Paris.

Herr Weber: Mitbericht FuZ steht noch aus. Habe Bedenken wegen weiterer Fälle. Beamter käme auf 6000 Fr. Mietzins. Was geschieht, wenn Personalwechsel eintritt?

Herr Petitpierre: Glaubte es sei Einverständnis vorhanden. Wir können das verschieben.

Ueberschwemmungskatastrophen. Sackaktion für England.

Herr Kobelt: Im ganzen 900'000 Säcke geschickt, davon 300'000 aus der Armee. Gesandter von Grossbritannien hat Dank für diese Solidaritätskundgebung ausgesprochen.

Kriegsmaterialausfuhr nach USA Bührle & Cie.

Herr Kobelt: Müssen noch auf eine Eingabe antworten. Habe Ihnen statistische Zusammenstellung der Waffenlieferungen geschickt. Bührle und Hispano 1952 ungefähr im gleichen Rang. Problem einmal grundsätzlich behandeln. Haben Mitbericht geschickt. In Hauptsache politische Frage.

Herr Rubattel: Danke für Zusammenstellung. Haben Problem in der Finanz- und Wirtschaftsdelegation geprüft. Wir finden kein einfaches Kontingentierungssystem. Beste Lösung Mittel aus den Jahren 1951 und 1952 zu nehmen.

Herr Petitpierre: Werden Antrag stellen an Bundesrat.

Entwicklung von Panzern und Flugzeugen.

Herr Kobelt: Schwerwiegende Fragen. Man hat beschlossen, die Entwicklungskredite um 3 Millionen zu kürzen. Dazu kommt Beschluss des Bundesrates, das Militärbudget auf 500 Mio. zu reduzieren. Landesverteidigungskommission bejaht die Frage, dass die Flugzeug- und Panzerentwicklung fortgesetzt werden sollten.

Herr Rubattel: Sollten wir nicht zuerst die Aussprache haben über die Landesverteidigung, bevor wir auf dieses Detailproblem eintreten.

Herr Kobelt: Habe alle Arbeiten eingestellt. Ohne Beschluss können wir nicht weiter machen. Dringliche Angelegenheit.

Herr Weber: Würde es sehr begrüßen, wenn auch die grundsätzliche Frage bald besprochen würde.

Herr Rubattel: Kann uns EMD bald den Bericht des Generalstabschefs unterbreiten.

Herr Kobelt: Er braucht dafür einige Wochen, Will schauen, wann Arbeit abgeschlossen.



Barackenlieferungen für Ostflüchtlinge.

Herr Petitpierre: Herr Minister Holzappel hat gedankt für den Beschluss der Barackenlieferung.

Herr Kobelt: Darf ich fragen, in welchem Umfange das gemacht wurde?

Herr Petitpierre: Haben Bericht noch nicht erhalten. EMD soll verständigt werden.

Konferenz der jüdischen Weltorganisation.

Herr Petitpierre: Beschlossen am 8. März 1953 in Zürich eine Konferenz abzuhalten. Meine erste Reaktion negativ. Gestern war Präsident der "agence juive" Herr Goldmann bei mir. Er erklärte, es handle sich nicht um eine Protestversammlung. Die jüdischen Organisationen schicken lediglich ihre Delegierten, im Ganzen 100 bis 150 Teilnehmer. Wollen Massnahmen prüfen, die zu treffen sind wegen den Judenverfolgungen hinter dem Eisernen Vorhang. Staat Israel wird nicht vertreten sein. Tagung wird 1 1/2 Tage dauern. Eine öffentliche Sitzung ist vorgesehen, an der eine Resolution gefasst werden soll, die von Herrn Goldmann verfasst sein wird.

1. Es soll darin bestritten werden, dass jüdische Spionage betrieben worden ist.

2. Es soll die Befürchtung für das Leben der Juden in diesen Ländern ausgesprochen werden.

3. Das Recht der Juden, auszuwandern, soll festgestellt werden.

Alle früheren Konferenzen dieser Organisation haben in der Schweiz stattgefunden, sogar zur Hitlerzeit. Es werde daher sehr schwierig sein zu sagen, dass Kongress wegen Weigerung der schweiz. Regierung dieses Jahr nicht in der Schweiz stattfinden kann. Entscheid müsste so ausgelegt werden, wie wenn gegen Juden gerichtet. Kongress könnte ohne Schwierigkeiten auch an einem andern Orte durchgeführt werden. Man will in einem neutralen Land tagen, damit die Beschlüsse des Kongresses nicht als Stellungnahme für einen der Blöcke aufgefasst werden.

Wir müssen damit rechnen, dass die arabischen Staaten uns angreifen werden. Frage ist der Nachteil mit schweiz. Tradition zu brechen grösser als diese Gefahren. Handelt sich nicht um ein Aufpeitschen der Oststaaten, sondern um Versuch sie zu beschwichtigen. Habe Herrn Goldmann auch ohne weiteres gesagt, dass wir in den Verhandlungen mit USA sehr unangenehme Erfahrungen mit amerikanischen Juden hatten.

Herr Feldmann: War dagegen, weil ich Eindruck hatte, es handle sich um grosse Protestaktion gegen gewisse Staaten. Glaubte auch, dass Staat Israel offiziell beteiligt sei. Wichtiges Argument, dass solche Kongresse zur Hitlerzeit in der Schweiz stattgefunden haben. Ein Rest bleibt, der nicht aufgeht. Während der nationalsozialistischen Zeit hat noch kein Staat Israel bestanden. Wir müssen wie beim Beitritt zum Marshallplan und zur Europ. Zahlungsunion Nachteile und Vorteile abwägen. Sagen wir nein, dann erwecken wir Verdacht, dass wir nicht wagen, den Kongress abhalten zu lassen wegen der von den Oststaaten eingeschlagenen antisemitischen Linie. Sagen wir ja, dann bekommen wir im Osten einen Strich mehr im schlechten Betragenszeugnis. Nachteile einer Verweigerung würden Vorteile überwiegen.

Beschluss: Es wird beschlossen, auf den alten Beschluss zurückzukommen und den Kongress zuzulassen. Herr Petitpierre wird noch Schritte unternehmen, damit alles unterlassen wird, was der Schweiz schaden könnte. Herr Goldmann soll gewisse Garantien geben.

Verteilung der Glückskettensammlung.

Herr Escher: Säcke, wie sie nach England geliefert wurden, kosten Fr. 1.10 das Stück. England hat also ungefähr einen Wert von 900'000 Fr. erhalten. Kann sich nicht Belgien zurückgesetzt fühlen mit nur 100'000 Fr.?

Herr Rubattel: Sammlung des Roten Kreuzes ist noch nicht verteilt. Als erste Hilfe scheint mir Proportion richtig zu sein.

Herr Kobelt: Man darf die Sackaktion nicht mit berücksichtigen. Diese ist separat geregelt worden unter den beteiligten Staaten.

Herr Petitpierre: Als Glückskette die 2 1/2 Mio beisammen hatte, war es richtig sofort zu verteilen. Man kann, wenn nötig später noch Ausgleich schaffen, aber nach den erhaltenen Schadensmeldungen dürfte die Verteilung angemessen gewesen sein.

Bundesfinanzreform. Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission.

Herr Weber: orientiert über das Ergebnis. Im allgemeinen sind die bundesrätlichen Anträge durchgegangen. Das schlimmste ist Ausfall an Biersteuer von 8-9 Mio. Frage der Kantonsanteile an Wehrsteuer offen. Soll in Verbindung mit Finanzausgleich noch geprüft werden.

Ein Antrag Gemperle auf Einführung des Finanzreferendums sollte nicht mit der Vorlage vermengt werden. Aussprache am Freitag.

Einladung wegen Abschied des Nuntius.

Es wird beschlossen, dass nicht bestimmte Abordnung geschickt wird, sondern dass alle, die wollen, hingehen.

Jubiläum der Firma Adolf Saurer AG.

Herr Rubattel und Herr Kobelt haben Einladungen erhalten. Man einigt sich dahin, dass Herr Rubattel nach Arbon geht, nachdem Herr Kobelt bereits nach Neuhausen delegiert ist.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Retraite de M. Bénigne Mentha, directeur au bureaux internationaux réunies pour la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique.

Geschäftsbericht der Gesandtschaft in Bangkok.

Empfang von Botschaftern durch den Bundesrat.

Herr Petitpierre: Sollten Entscheid treffen, bevor wir Anfrage erhalten wegen Agrément des neuen amerikanischen Vertreters. Wir erklären, dass wir aus Courtoisie unsere Haltung ändern. Dokument geht an alle Gesandtschaften, die es interessiert. Pressecommuniqué mit ungefähr gleichem Text. Werde sehr bremsen,

- Aber wir würden haben! Wir werden bald 15 Botschafter haben.

Herr Weber: War an letzter Sitzung nicht da. Möchte nicht opponieren, obwohl unangenehmes Gefühl, weil man nicht weiss, wie das endet und wie es mit Reziprozität einmal herauskommt. Sind finanzielle Folgen mit Ernennung von Botschaftern verbunden?

Hätte gerne noch näher Aufschluss über die Möglichkeit einer Beschränkung der Zahl. Könnten wir nicht die Akkreditierung von Reziprozität abhängig machen? Evt. Beschränkung auf Länder von Bedeutung.

Herr Petitpierre: Persönlich hätte ich bisheriges System vorgezogen. Wegen Drängen von Canada und USA können wir Sache nicht weiter in die Länge ziehen.

Schweden hat Reziprozität. Hat Botschafter bei 5 grossen Mächten der UNO und bei skandinavischen Ländern. Wir können das nicht beschränken. Jedes Land wird mit uns verhandeln müssen. Aber wenn USA, Canada, Italien, Belgien, Indien die Frage des Botschafters aufwerfen, werden wir nicht nein sagen können. Wir werden Reziprozität nicht anwenden. Wir müssen aber auch in gewissen Ländern Botschafter haben, weil es Länder gibt, in denen die Regierungsmitglieder nur Botschafter empfangen. Wegen des heutigen Beschlussesentwurfes werden wir aber keine Botschafter ernennen müssen.

Ich will vorschlagen, dass man keine neue Funktion eines Botschafters vorsieht. Man hat nur Minister, denen man für die Zeit ihrer Mission im betreffenden Land, wo das nötig ist, den Rang eines Botschafters verleiht. Als Botschafter werden sie keine höhere Entschädigung erhalten.

Es handelt sich nur um Aenderung der Etikette. Lächerlich was Presse darüber schreibt.

Herr Weber: Bin befriedigt.

Herr Escher: Ueber Grundsatz ist entschieden. Frage der Auswahl sehr delikate. Frage der Reziprozität grundsätzlich zu entscheiden. Nicht unsere Sache, sondern Sache der eidg. Räte. Mit der Zeit wird sich eine gewisse Auslese ergeben. Vielleicht werden wir keine Botschafter bekommen, wenn wir auch keine schicken. Auf der zweiten Seite Widerspruch, wo es heisst "Suivant la décision des Chambres".

Soll man so scharf sagen: "Le Conseil fédéral ne souhaitait pas le changement"?

Herr Petitpierre: Widerspruch scheint vorzuliegen. Im zweiten Fall, kann das so bleiben.

Herr Feldmann: Akkreditierung von Botschaftern bei uns auseinanderzuhalten von Reziprozität. Wir sind nicht schuld an der Abwertung des Botschafterranges. Anderes in unserem eigenen Haushalt. Hier genau Rechtsfrage prüfen. M.E. kein Zweifel, dass Bundesversammlung zuständig ist. (Art. 85, Ziff. II BV. Oberaufsicht über

Verwaltung und Rechtspflege). Bundesversammlung könnte Ermächtigung erteilen auf Grund deren der Bundesrat im Einzelfall entscheidet, ob er Botschafter ernennen will. Letzter Absatz begrüsse ich sehr. Man sieht daraus, dass Bundesrat an und für sich den bisherigen Zustand vorgezogen hätte, dass er aber nicht unhöflich sein kann. Aus Diskussion in der Presse ist ersichtlich, dass sich die öffentliche Meinung dafür interessiert. Artikelserie von Herrn Redaktor Nef in NZZ war sehr konstruktiv. Oeffentl. Meinung müssen wir hier stark in Betracht ziehen. Unser Volk will in diesen Fragen bewusst anders sein als der ganze internationale Betrieb.

Herr Weber: Vielleicht "qu'il ne souhaite pas" ersetzen durch "qu'il ne désire pas".

Herr Rubattel: Ausdruck "souhaite" finde ich auch zu stark. Polit.Dept. soll neue Fassung suchen und Zeitpunkt der Orientierung der Oeffentlichkeit bestimmen.

Dept. des Innern	<u>Internat. Uebereinkommen betr. Vereinheitlichung der Vorschriften über Arzneimittel.</u>
Justiz & Polizeidept.	<u>Beschwerde Bauland GmbH, Zürich.</u>
Militärdepartement	<u>Begnadigungsgesuche Hauenstein, Nüssli, Paillard, Schütz.</u>
Post & Eisenbahndept.	<u>Beitrag an Furka-Oberalp-Bahn.</u>
